Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 35, ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.

Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis

für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die fachliche Monatsausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Leichenhalle“ und „Haus, Hof, Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 16 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, angenommen.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 554. **Berlin, Mittwoch, den 31. Oktober 1900.** **XXIX. Jahrgang.**

Magistrat und Wohnungsnoth.

Der Berliner Magistrat hat, wie unsere Leser aus einer Mittheilung im gestrigen Abendblatte wissen, einen Beschluß gefaßt, der darauf abzielt, die Wohnungsnoth wenigstens einigermaßen zu lindern. Zu diesem Zwecke wird an die Stadtverordneten eine Vorlage gebracht werden zur Bewilligung von einer Million Mark, die zum Bau von gesunden und billigen Wohnungen verwendet werden soll. Der Magistrat der Reichs- und Landeshauptstadt hat damit gewissermaßen bekunden wollen, daß auch in seinen Adern ein Zusatz von kommunalsozialem Blut kreise.

Für den ersten Blick macht sich die Sache auch wirklich sehr schön. Namentlich nach außen und „nach oben“ hin. Der Magistrat knüpft mit dieser seiner ersten sozialpolitischen Maßnahme innerhalb seiner Verwaltung an einen der bedeutsamsten Erinnerungstage aus der preußischen Geschichte, nämlich an die erste Krönungsfeierlichkeit in Königsberg am 18. Januar 1701, an. Die zweihundertste Wiederkehr dieses Krönungstages will der Magistrat durch eine König Friedrich-Stiftung zu Gunsten obdachlos gewordener Berliner Familien feiern.

Das ist an und für sich eine sehr löbliche Absicht; jedenfalls ungleich würdiger als prunkhafte Denkmäler in Bronze oder Marmelstein. Aber den Kern der Angelegenheit trifft diese gewiß nur mit Freuden zu begrüßende städtische Stiftung ganz und gar nicht. Mit sogenannten „Stiftungen“ ist diesem sozialen Grundübel in großen Städten nicht im Mindesten beizukommen. Soll wirklich eine Erfolg verheißende Einrichtung auf diesem sehr schwierigen Gebiete geschaffen werden, dann muß die Sache systematisch angefaßt und nicht als eine Art von — Gelegenheitsdichtung inszenirt werden. Einen solchen systematischen Vorschlag hatte vor etwa acht Jahren Stadtrath Streckfuß an dieser Stelle formulirt, als er, ehe es noch zu spät war, anrieth, die Stadt möge die in der Peripherie Berlins liegenden, unbebauten Ländereien ankaufen, um darauf in vorausschauender Politik Beamten- und Arbeiterwohnungen im großen Maßstabe zu errichten. Streckfuß und mit ihm das „Berliner Tageblatt“ blieb damals der Prediger in der Wüste. Heute aber, wo der Nothstand schreiend geworden, muß man sich mit Gelegenheitsaushilfen aus der Verlegenheit zu ziehen suchen. Denn wenn wir ehrlich sein sollen, dann dürfen wir mit der Empfindung nicht zurückhalten, daß es sich bei dieser Magistratsvorlage um eine Gelegenheitsarbeit handelt, durch die man sich auf die glimpflichste Weise aus einer sehr peinlich gewordenen Verlegenheit zu ziehen gedenkt.

Der Magistrat mag sich im Stillen gesagt haben: Etwas muß in dieser Wohnungsfrage geschehen. Diese Angelegenheit beschäftigt gegenwärtig die gesammte öffentliche Meinung, die Aufregung ist im Wachsen — sich so ganz auf den bequemen Standpunkt des Nichtsthuns wie bisher festzulegen, geht angesichts des erwachten sozialen Empfindens nicht mehr an. Auch mag das Düsseldorfer Beispiel, eine Anleihe zum Betrage von 20 Millionen zum Bau von Arbeiterhäusern und Mittelwohnungen aufzunehmen, die zähen Gemüther unseres Magistratskollegiums ein wenig aus ihrem behaglichen Selbstgenügen aufgerüttelt haben. Kurz und gut, man beschloß, wie Heinrich v. Gagern zu sagen pflegte, einen „kühnen Griff“, um die aufgeregte öffentliche Meinung durch die geplante Millionenstiftung ein wenig zu beruhigen.

Die Erinnerung an das zweihundertjährige Bestehen der preußischen Monarchie bot die günstige Gelegenheit dar, um der Berliner Bevölkerung auch einmal ein wenig sozialpolitisch kostümirt gegenüberzutreten. So ungefähr denken wir uns die Entstehungsgeschichte dieser städtischen Wohnungsstiftung. Sie wird ebensowenig, wie es die bisher bestehenden ähnlichen Einrichtungen vermocht haben, eine wirkliche, das heißt auf richtigen wirthschaftlichen Voraussetzungen beruhende Abhilfe zu leisten vermögen. Auch nicht einmal als ein einigermaßen wirksames Beschwichtigungspülverchen wird diese Millionstiftung gelten können.

Die Magistratsvorlage scheint ihrer Hauptsache nach darauf auszugehen, obdachlos gewordenen Berliner Familien billige und gesunde Wohnungen in größerer Zahl als bisher zur Verfügung zu stellen. Damit ist an und für sich schon der Grundmangel bezeichnet, an welchem dieser erste sozialpolitische Schritt unserer städtischen Verwaltungskörperschaft leidet. Es sind eben zweierlei Aufgaben, die nicht mit einander verquickt werden dürfen. Es gilt, dem mit dem Anwachsen der großen Städte sich fortdauernd steigernden Uebel der Wohnungsnoth zu steuern und für den akuten Nothstand der Obdachlosigkeit eine vorübergehende Aushilfe zu treffen. Dieses letztere kann durch eine entsprechende Erweiterung vorhandener städtischer Nothstandseinrichtungen, also zum Beispiel durch Vergrößerung des städtischen Asyls, sehr wohl erreicht werden.

Ganz anders indessen verhält es sich, sobald es sich darum handelt, gesunde, einigermaßen auskömmliche und nicht allzu theuere Wohngelegenheiten für diejenigen Klassen einer großstädtischen Bevölkerung zu schaffen, die wie Arbeiter, kleinere Handwerker, Subalternbeamte nur mit einem sehr beschränkten Einkommen rechnen müssen. Hier, in diesen eben genannten Kreisen tritt das äußerste Unglück der Obdachlosigkeit nur in den allerseltensten Fällen ein. Dafür drückt jedoch die tägliche Last der ungenügenden und zu theueren Wohnung auf den ganzen Familienwirthschaftsbetrieb um so schärfer.

Diesem sehr weit verbreiteten und sehr schwer empfundenen Nothstand vermag eine Stiftung, wie sie der Magistrat plant, in keiner Weise abzuhelfen. Solch eine Stiftung klingt sehr schön, macht sich auch bei einer feierlichen Ansprache ganz ausgezeichnet als eine sozialpolitische Verzierung, in Wahrheit ist es ein Tropfen auf den heißen Stein. Durch diese gewiß sehr gut gemeinte Magistratsvorlage wird an der Rückständigkeit der Berliner Stadtverwaltung in allen sozialpolitischen Angelegenheiten nicht das Allermindeste geändert. So viel für heute zu Beurtheilung des sozialpolitischen Werthes der genannten Vorlage.

* * *

Unseren Mittheilungen über die oben besprochene Magistratssitzung sei noch Folgendes nachgetragen:

Um den Bau billiger Wohnungen zu fördern, hat der Magistrat die ihm unterstellten Verwaltungen auf folgende Gesichtspunkte als Richtschnur hinzuweisen beschlossen. Die Neupflasterung von Straßen in den Außenbezirken ist zu fördern, und soll den Bauunternehmern in dieser Beziehung thunlichstes Entgegenkommen bewiesen werden. Beim Verkauf städtischer Grundstücke, zum Beispiel von dem großen Gelände der ehemaligen englischen Wasserwerke vor dem Stralauer Thor an der Stralauer Allee beziehungsweise deren Quer- und Parallelstraßen, sollen ähnliche Gesichtspunkte bei der Vorzellirung zur Geltung kommen. Für die Stiftung, die der Magistrat, wie gemeldet, mit einer Million dotirt hat, soll in den weitesten Kreisen Propaganda gemacht werden, damit die Stiftung sich durch Zuwendungen Privater vergrößere.

Aus dem Inhalt der Stiftungsurkunde heben wir nachstehende Einzelheiten hervor:

Die der Stiftung gehörigen Wohnungen sind minder bemittelten Einwohnern von Berlin, welche mindestens seit fünf Jahren in Berlin ihren Wohnsitz haben, mietheweise zu überlassen. Kinderreiche Familien sind vorzugsweise zu berücksichtigen. Die Höhe der Miethe ist so zu bemessen, daß dadurch eine landesübliche angemessene Verzinsung der Herstellungskosten und die Kosten der Unterhaltung der Wohnung, jedoch ausschließlich der allgemeinen Verwaltungskosten, gedeckt werden. — Dieses Entgelt darf nur bei außerordentlichen unverschuldeten Nothständen ermäßigt oder erlassen werden. Die Aufsicht über die einzelnen der Stiftung gehörenden Grundstücke führen Hausväter, welche dem Vorstand unterstellt sind. Dieselben werden von dem Vorstande gewählt und führen ihr Amt unentgeltlich.

Ferner beschloß das Kollegium, den zur Zeit im Obdach befindlichen Wohnungslosen aus Stiftungsmitteln oder sonstigen bereit stehenden Mitteln Unterstützungen zur Beschaffung von Wohnungen zu gewähren.

Der Sturz des spanischen Kabinets.

(Von unserem Korrespondenten.)

Madrid, Ende Oktober.

Die letzte Krise gehört mit zu den seltsamsten Dingen, die man bisher hier erlebt hat. Da ist zunächst ein Ministerpräsident (Silvela), der sich selbst den Todtenschein ausstellt, indem er sich aus der großen Zahl der spanischen Generäle gerade denjenigen zum Kriegsminister aussucht, der dem konstitutionellen Regime durchaus feindlich gegenüberstellt, da er seinen Kollegen beziehungsweise dem Ministerrath das Recht abspricht, sich um die wichtigsten Handlungen, die er in seiner Eigenschaft als Minister vornimmt, zu bekümmern. Die Persönlichkeit einer Person auf der Welt wäre dann doch, wenn dieses System sich verallgemeinern sollte, und es ist nicht abzusehen, weshalb nur der Kriegsminister eine solche Ausnahmestellung einnehmen darf, . . . der Ministerpräsident!

Da ist ferner ein Kriegsminister (General Linares), der wenige Stunden nach seiner Eidesleistung das Publikum und am meisten seine eigenen Kollegen mit der Thatsache überrascht, daß er zum Generalkapitän von Neukastilien und damit zum Oberbefehlshaber in der Landeshauptstadt einen Mann (Weyler) ernennt, der eine ausgesprochen politische Bedeutung hat und durch sein ganzes Auftreten stark verdächtig ist, nicht gerade für die jetzige Monarchie zu schwärmen, von seinen Thaten auf Kuba ganz zu schweigen; einen Mann, gegen den zwei der Ministerkollegen, wie allgemein bekannt, sich aufs schärfste geäußert haben, der Eine (Gasset) schriftlich im Imparcial, der Andere (Dato) mündlich im Parlament. Sie werden durch diese Ernennung natürlich genöthigt, ihre Entlassung einzureichen.

Da ist ein Ministerpräsident (Silvela), der aus diesem aus persönlichen Gründen erfolgenden Rücktritt zweier Minister eine totale Krise macht! War er mit dem Vorgehen und der Theorie des Kriegsministers einverstanden, so hätte er ja nur die beiden Minister durch andere zu ersehen brauchen. War er nicht damit einverstanden, sah er vielmehr den begangenen schweren Fehler ein, als er einen Mann wie Linares zum Kriegsminister machte, so konnte eine totale Krisis doch nur den Sinn haben, durch seine eigene Demission auch die des Kriegsministers zu erzwingen und ihn auf diese Weise wieder zu beseitigen. Aber was geschieht? Der Ministerpräsident bleibt draußen und der Kriegsminister im Kabinet!

Und da ist schließlich ein neuer Ministerpräsident (Azcarraga), der, obwohl er behauptet, daß er nach wie vor in Silvela seinen Parteichef erblickt, doch keinen Augenblick zögert, den Kriegsminister, der die Ursache des Sturzes seines Vorgängers war, freundlichst zu bitten, ruhig die Geschäfte, die er in so merkwürdiger Art eröffnet, weiter zu führen!

Eine logische, vernünftige Erklärung für alle diese sonderbaren Vorgänge ist nicht zu finden. Wie man die Sache auch drehen mag, immer kommt man wieder zu dem Schluß, daß hier Thorheit und Unfähigkeit, bis zu einem in diesen Sphären geradezu unglaublichen Grad gesteigert, vollständig die Oberhand behalten haben. Man wird sich erinnern, daß die Stellung Silvelas von mir schon im Frühjahr als erschüttert bezeichnet wurde, da sich sein Unvermögen, die erste Violine in einem Staat wie Spanien zu spielen, für jeden politisch halbwegs Zurechnungsfähigen bis zur völligen Evidenz erwiesen hatte. Diese nicht allzu schwere Prophezeiung ist denn auch nur zu bald in Erfüllung gegangen. Seiten hat ein Parteihaupt in einer so kläglichen Weise geendet! Und was wichtiger ist, er hat auch durch sein schwächliches, skeptisches, unaufrichtiges Wesen seine Partei mitruinirt, die unter seiner Führung auch nicht eins der hochtrabenden Worte, die sie als Programm auf ihre Fahne geschrieben, wahr zu machen vermocht hat. Weder ist die Verwaltung moralisirt, noch das Land regenerirt worden, und was die Nivellirung des Etats anbetrifft, so beschränkte man sich auf eine Ausschreibung neuer Steuern mit noch sehr zweifelhaftem Erfolg!

Als Canovas in Santa Agueda der anarchistischen Kugel zum Opfer fiel, da entstand eine große Bresche in der konservativen Partei. Aber noch lebte Martinez Campos, die festeste Säule des jetzigen Regimes; noch war Silvela mit seinem schönen Reorganisationsversprechen für Viele eine berechtigte Hoffnung. Um ihn sammelte sich der größere Theil der Konservativen. Von Pidal bis Villaverde, von Martinez Campos bis Polavieja, von Ministern des letzten canovistischen Kabinets bis zu den Freunden, die sein Dissidentenloos getheilt, huldigten ihm Alle als dem neuen Herrn. Was bleibt von alledem übrig? Martinez Campos ist todt; Polavieja wurde erst aus dem Ministerium, dann aus dem Generalkapitanat vertrieben; Pidal ist nicht mehr Präsident des Kongresses; Villaverde stürzte infolge der letzten unglücklichen Anleihe, und Silvela selbst entsagt heute der Parteileitung und bekennt seine eigene Unfähigkeit. Die Minister, die ihm nahe gestanden, trennen sich von ihm in der Ueberzeugung, daß er im Verein mit General Linares die Verfassung verletzt hat, und General Linares wartet in der einflußreichen Stellung eines Kriegsministers vielleicht nur auf den Augenblick, um ihr den Rest zu geben. Der Herzog von Tetuan und andere Konservative sind heute von Silvela weiter getrennt als an dem Tage, an dem Canovas ermordet wurde. Die konservative Partei befindet sich mit einem Wort in völliger Auflösung; sie ist ruinirt aus Mangel an der richtigen Leitung. Im Jahre 1897 starb nur ein Mann, im Jahre 1900 stirbt eine Partei!

Und die Krone weiß nun keinen anderen Ausweg, als wiederum Azcarraga zu rufen, um ein neues Ministerium zu bilden, das doch nur die Aufgabe haben kann, raschmöglichst den Nachlaß zu ordnen, vor allem die Herzensaffäre der Prinzessin von Asturien, mit der die Liberalen nichts zu thun haben möchten. Die neuernannten Minister: der alte Mazo im Marineministerium, der engherzige Generalauditeur Ugarte — im neuen Ministerium sind nicht weniger als fünf Minister, die in der einen oder der anderen Form der Militärverwaltung angehören, — im Ministerium des Inneren und der Vizepräsident des Senates Sanchez Toca im Ackerbau- und Bauten-ministerium, sind denn auch schwerlich dazu angethan, das Kabinet lange über Wasser zu halten, und so geht denn, wie gelagt, die allgemeine Ansicht dahin, daß wir es hier mit einer Uebergangsperiode zu thun haben, die binnen Kurzem — wenn nichts Carlistisches dazwischen kommt! — zu einer Situation Sagasta führt.

*

Barcelona, 30. Oktober. (W. T. B.) Hier wurden drei Priester verhaftet, bei denen wichtige auf die carlistische Bewegung bezügliche Schriftstücke beschlagnahmt wurden.

Herr **Buck** hat die Sprache wiedergefunden. Er veröffentlicht zu der **12,000 Mark-Affäre** folgende Erklärung:

„Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß die Angelegenheit, auf welche sich die bekannten Angriffe der „Leipziger Volkszeitung“ beziehen, sich **im August 1899** zugetragen habe, und daß alle anderen mit dieser Sache in Verbindung gebrachten Behauptungen, insbesondere in Bezug auf einen angeblich ähnlichen Vorgang aus dem Jahre 1898 **unwahr** sind.“

Durch diese Erklärung wird die Sache zwar an sich vereinfacht — aber die Verantwortlichkeit der Herren Graf Posadowsky und v. Woedtke für den zugestandenen Fall aus dem Jahre 1899 wird dadurch um nichts gemindert.

---

* Auf eine erfreuliche **Neuerung in unserer konsularischen Berichterstattung** lenkt die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen die Aufmerksamkeit. Wiederholt ist auf die glänzenden Dienste hingewiesen worden, welche die vor wenigen Jahren neugeordnete konsularische Berichterstattung der Vereinigten Staaten der amerikanischen Industrie leistet. Die Berichte der amerikanischen Konsuln über die wirthschaftlichen Verhältnisse anderer Länder werden in dreierlei Weise vom Staatsdepar-

Hierzu die Wochenbeilage „Technische Rundschau“ No. 44.